

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 0,10 Gulden oder 2,00 Goldmark

Bezugspreis für November 1,50 Gulden oder 1,50 Goldmark. Wöchentlich 0,25 Gulden oder 0,25 Goldmark. Postbezugspreis für November 70000 M., Schlüsselzahl frei. Einzelheft 0,25 Gulden oder 0,25 Goldmark. Reklamestelle 1,50 Gulden oder 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6. Postfachkonto: Danzig 2945. Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckarbeiten 3290.

Nr. 256

Donnerstag, den 1. November 1923

14. Jahrg.

## Schwarz-blauer Wahlschwindel.

Ebert als Schloßbalkonredner. Das erfüllte Erfurter Programm. Deutschnationale Gewerkschaftler gegen Tarife und Achtstundentag. Die Pensionen der sozialdemokratischen Reichsminister. Zentrümlicher Koalitionsbruch.

Wenn es noch eines Zeichens bedurft hätte, wie innig in Danzig das Verhältnis zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum ist, so gaben dafür die in den letzten Tagen veranstalteten Versammlungen der beiden Parteien den besten Beweis. Zeitweilig konnte man sich in der Zentrumsversammlung auch in eine deutschnationale verfehlen, wenn man die Hege gegen die Sozialdemokratie vernahm, die von den Zentrumsrednern dort geübt wurde. Die Furcht vor der Sozialdemokratie mißte beiden Parteien aber arg in den Knochen liegen, so daß ihre Führer zu den schäblichsten und verlogenen Mitteln greifen, um ihre Schäkel gegen die gefürchtete Sozialdemokratie aufzulegen.

Den Vogel schob dabei in der deutschnationalen Versammlung der Abg. Senfleben ab. Die Angst vor der Abrechnung am 18. November hat anscheinend seinen Geist so sehr getrübt, daß er die historischen Vorgänge völlig durcheinander wirft. So magte er seinen deutschnationalen Zuhörern folgendes Märchen aufzubinden:

Als die Sozialdemokratie durch die Revolution an die Herrschaft kam, war die Mark noch 80 Pf. wert, und damals rief es Ebert den Massen vom Balkon zu: „Das deutsche Volk geht herrlichen Zeiten entgegen!“ Die herrlichen Zeiten kamen dann auch bald.

Man hätte annehmen sollen, daß ein deutschnationaler Senator wenigstens auch einigermaßen mit den geflügelten Worten seines Hohenzollernlieblings vertraut sei. In Wirklichkeit stammt nämlich das Wort von den „herrlichen Zeiten“ von Wilhelm II., während es Ebert niemals eingefallen ist, vom Balkon des Berliner Schlosses die Tiraden des letzten Hohenzollern nachzuplappern. Auch die deutschnationalen Versammlungsteilnehmer scheinen die Reden ihres Lieblings Wilhelm so schlecht zu kennen, daß sie sich ruhig den Ebertschwindel des Herrn Senfleben anhörten.

Senator Senfleben kann anscheinend überhaupt nicht bei der Wahrheit bleiben, denn im weiteren Verlauf seiner Rede leistete er sich folgende Weisheit:

Die Sozialdemokraten unterschrieben den Friedensvertrag, alles, was an die Vergangenheit erinnerte, wurde abgeklafft. Das Erfurter Programm wurde in die Wirklichkeit umgesetzt, die Tätigkeit durch Tarife unterdrückt, alles nivelliert!

Wir Sozialdemokraten und mit uns auch das ganze deutsche Volk würden es begrüßen, wenn das Erfurter Programm in die Wirklichkeit umgesetzt worden wäre. Leider hat die Sozialdemokratie im Reich nicht die Macht gehabt, das Erfurter Programm durchzusetzen, sondern mußte sich vielmehr damit begnügen, gegenüber der immer stärker werdenden Reaktion und dem immer mehr anwachsenden Großkapitalismus à la Stinnes die Revue zu verteidigen, ohne sie nach juristischen Grundrissen auch innerlich umgestalten zu können. Daß Senator Senfleben auch gegen die „alles nivellierende Tarifpolitik“ zu Felde zieht, ist eine besonders bemerkenswerte Tatsache. Ist Senfleben doch der Ehrenvorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins, einer Angestellten-Gewerkschaft, die freilich froh war, wenn sie mit den anderen Gewerkschaften zusammen die „alles nivellierenden Tarife“ abschließen konnte.

Es scheint aber überhaupt die Aufgabe dieser christlich-deutschnationalen Gewerkschaftler zu sein, heute angesichts des immer mehr erstarkenden Kapitalismus das zu zertümmern, was sie angeblich die letzten Jahre hindurch als die Grundrechte der Arbeiterschaft mit verteidigten. Anstatt die Kampffront der Arbeiterschaft gegen die immer stärker werdenden Ausbeutungsgeilüste des Kapitalismus zu verteidigen, machen sie die Hege gegen den Achtstundentag mit. Leistete sich doch der ehemalige Volkshewissenapostel Mayen, augenblicklich sein Reichstagssekretär und nebenamtlich auch Dichter, folgenden Sammärsch gegen den Achtstundentag:

Wer sich mitverantwortlich fühlen kann für die Wirtschaftskrisen, für den ist das Dogma des Achtstundentages eine längst überholte Angelegenheit.

Die Handlungsgehilfen dürften über den Achtstundentag doch anderer Meinung sein als ihr deutschnationaler Gewerkschaftssekretär Mayen. Nur zu gut werden sich die Älteren von ihnen erinnern, wie sehr sie früher unter der überlangen Arbeitszeit zu leiden hatten. Aber der ehemals so wortradikale Herr Mayen ist heute so sehr von dem gerade in seiner Partei so maßgebenden Schwarzmachertum abhängig, daß er in derartigen Dingen mit einstimmt, selbst wenn es gegen die Interessen seiner eigenen Kollegen geht.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie spielte auch in der Zentrumsversammlung eine große Rolle. Hier war es der in dieser Beziehung Herrn Mayen ähnliche Abg. Gailowski, der sich als Sozialistentöter gebärdete.

Dabei passierte ihm nur das Mißgeschick, daß er die Waffen, die er gegen die Sozialdemokratie schwingen wollte, falsch anfaßte und sich dabei selbst arg verwundete. Als zentrümlicher Arbeitervertreter sah er seine Hauptaufgabe darin, das vom Bürgerblock durchgepeitschte Pensionsgesetz für die Senatoren, gegen das die Sozialdemokratie vergeblich ankämpfte, zu verteidigen. Das tat er in folgender goldreicher Art:

„Die Genossen vergessen wahrscheinlich, daß man Philipp Scheidemann schnell einen gutbesetzten Oberbürgermeisterposten in Kassel verschafft und Herr Nolke ein Oberpräsidentenamt von Hannover erhalten hat. Ja, Bauer, das ist etwas anderes, Berlin ist nicht Danzig.“

O, hättest du doch geschwiegen, du wackerer Sozialistenfresser Gailowski! Gerade die von dir angeführten Tatsachen von Scheidemanns Oberbürgermeisteramt und Nolkes Oberpräsidentenamt beweisen, daß Sozialdemokraten sich nach ihrer Ministerstätigkeit durchaus noch nicht auf Staatskosten zur Ruhe setzen wie es mit den Danziger Senatoren geschehen soll, sondern daß sie sich nach ihrer Ministerchaft in anderen Stellen betätigen. Was im Reich sozialdemokratische Minister konnten, verlangt die Sozialdemokratie auch von den Danziger Senatoren. Im Reich hat sich bisher kein sozialdemokratischer Exminister pensionieren

## Sozialdemokratische Bedingungen an Stresemann.

Die Reichstagsfraktion faßte folgenden Beschluß: Die Reichstagsfraktion faßte folgenden Beschluß: tratie hat gestern in einer Sitzung zu den Vorgängen in Sachen und Bayern Stellung genommen. Sie war sich einig in der scharfen Beurteilung des Vorgehens der Reichswehr in Dresden. Nach einem Referat des Vorsitzenden, Genossen Müller, über die allgemeine politische Lage sprach der Innenminister Genosse Solmann, der sich vor allem gegen die Darstellung wandte, daß die sozialdemokratischen Minister dem Ultimatum und der Absetzung der sächsischen Minister zugestimmt hätten. Aus dem Schlusse des Briefes, den der Reichskanzler an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeitner gerichtet hat, ergebe sich, daß sich dieses Vorgehen nicht auf einen Kabinettsbeschluss gründete, sondern ein Akt der Stellen war, denen durch den Ausnahmezustand die vollziehende Gewalt übertragen war.

Von mehreren Fraktionsmitgliedern wurde gegen ein sofortiges Ausscheiden der sozialdem. Minister aus der Reichsregierung eingewendet, daß die sächsische Landtagsfraktion und einige Minister aus dem Zeitner-Kabinet durch die Bildung der neuen sozialistischen Landesregierung selbst den Standpunkt aufgegeben haben, daß das Kabinet Zeitner nach wie vor die verfassungsmäßige Regierung sei.

Die Reichstagsfraktion faßte folgenden Beschluß: Die Fraktion kann in der Koalition nur verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Nachthaber offen als Verfassungsbruch und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachen ist Aufgabe der Schutzpolizei. Reichswehr ist nur auf Anforderung des Inhabers der Privatgewalt heranzuziehen. Neuerdings in die Reichswehr eingeschickte Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Außerdem beschloß die Fraktion, daß der Fraktionsvorstand bei den Besprechungen mit der Reichsregierung die verbleibende Forderung und Maßnahmen gegen den vom Landbunde propagierten und von den Landwirten geführten Referat zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen hat.

Die sozialdemokratischen Führer werden heute vormittag dem Reichskanzler Dr. Stresemann die Bedingungen unterbreiten, unter denen die sozialdemokratischen Reichsminister im Kabinet verbleiben würden. Um 1 Uhr nachmittags wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wieder zusammentreten, um die Antwort des Reichskanzlers entgegenzunehmen und dann ihre endgültige Entscheidung darüber zu treffen, ob die sozialdemokratischen Minister noch in der Reichsregierung bleiben können oder nicht.

Die Aufgabe des neuen sächsischen Ministerpräsidenten.

Der neue sächsische Ministerpräsident Gen. Fellisch erklärte dem Berichterstatter der „Voll. Stg.“, daß es

lassen. Das ist unseres Wissens nach nur ein republikanischer Minister und das war der ... Zentrumsman Friedrich Bach.

Der Erfolg, den der Abg. Mayen bisher als Schwarzmacher in der Debatte hatte, ließ auch Gailowski nicht schlafen, und so verließ er sich zu der Behauptung, daß „das Zentrum allein das Koalitionsrecht der Arbeiter geschäft habe“. Wir möchten selbst Herrn Gailowski nicht empfehlen, diese Behauptung in einer christlichen Landarbeiterversammlung zu wiederholen; waren es doch gerade auch viele christliche Landarbeiter, die beim letzten Streik die Patronen und Handgranaten der vom Zentrumsminister Gailowski zur Unterdrückung des Streiks gesandten Schupo zu spüren bekamen. Wenn das der Zentrumschutz des Koalitionsrechtes der Arbeiter sein soll, dann verzichtet die Arbeiterschaft aller Richtungen gern auf diesen Schutz.

So war sich die schwarz-blaue Bloßbrüderchaft einig in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie, einig in ihren z. T. lächerlichen, z. T. lächerlichen Redensarten gegen die einzige Arbeiterpartei und was so nur die selbstverständliche Folge dieser Sozialistenfresserei ist, einig auch in ihrem Haß gegen die Grundrechte der Arbeiterschaft, nämlich den Achtstundentag. Das sollten sich alle christlichen Arbeiter und alle Sozialdemokratengehilfen merken. In den bürgerlichen Parteien werden ihre Interessen von ihren eigenen Verhandlungsführern vertreten, die abhängig von dem in diesen Parteien maßgebenden Profitkapital sind. Will die Arbeitnehmerschaft aller Kreise im nächsten Weltkrieg ihre Interessen besser gewahrt sehen als bisher, so kann das nur geschehen durch einen überwältigenden

Sieg der Vereinigten Sozialdemokratie am 18. November.

Die erste Aufgabe der neuen sächsischen Regierung sei die Abberufung des Reichskommissars zu erreichen. Er habe den Reichskanzler von der Bildung des neuen Ministeriums telegraphisch verständigt und gebeten, die Abberufung zeitigst sofort zu veranlassen. Die die Blätter aus Dresden melden, stützt die sächsische Sozialdemokratie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften einen Aufruf an die freien Arbeiter, Angestellten und Beamten: Die Arbeiterschaft ist dem Haß nach einem dreitägigen Proteststreik nachzukommen. Durch die Durchführung der verfassungsmäßigen Regierung mit dem Ministerpräsidenten-Fellisch sind die Ursachen des Proteststreiks beseitigt. Parteien und Gewerkschafteninstanzen, einschließlich der Kommunisten, haben es daher für notwendig gehalten, den Streik aufzuheben. Wir fordern die Streikenden auf, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

## Bayern rebelliert weiter.

Wie notwendig endlich eine entschiedene Stellungnahme der Reichsregierung Bayern gegenüber ist, zeigen die neuesten Beschlüsse der bayerischen Regierung, die die Aufforderung des Reichskanzlers Stresemann, in Bayern wieder die verfassungsmäßige Reichsregierung zu ernennen, d. h. den Ministerpräsidenten Hoffmann zu entlassen, glatt ablehnt. Darüber wird aus München am 28. berichtet.

Der bayerische Ministerrat hat sich gestern mit der von der Reichsregierung an die bayerische Regierung gerichteten Frage beschäftigt, ob sie bereit sei, in kürzester Zeit die verfassungsmäßige Reichsregierung in Bayern wieder zu ernennen. Die bayerische Staatsregierung hat am 22. Oktober den bayerischen Teil der Reichswehr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange als zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Bayern und dem Reich als Freundesarmee des deutschen Volkes in Pflicht genommen. Diese Maßnahme ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erfolgt. Der dadurch geschaffene Rechtszustand ist daher verfassungsmäßig. Die Veranlassung bildet der unerwartete Einmarsch in die sächsische Provinz Bayern. Er hat die grundsätzliche Frage des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten aufgeworfen. In erster Linie muß diese Frage im Interesse des Reichs und der Länder einer endgültigen Lösung zugeführt werden, um Sicherheit dafür zu schaffen, daß Konflikte für die Zukunft unmöglich werden, wie sie bisher Jahr für Jahr das politische Leben des Reiches und der Länder erschüttert haben. Einigkeit bestand auch darüber, daß eine Berücksichtigung im Obersächsischen Reichsteil der Reichswehr notwendig wäre. — Die Forderung der Reichsregierung zu erteilenden Antwort bleibt weiterer Beratung vorbehalten.

Angesichts dieser Antwort, die eine direkte Verhöhnung der Reichsregierung ist, sind endlich auch solche Maßnahmen der Reichsregierung gegen Bayern notwendig, mit denen Stresemann dem sozialistischen Sachsen gegenüber, das sich keine solche Verhöhnung der Reichsregierung leisten, so schnell bei der Hand war. Sollte Stresemann auch jetzt noch Bayern gegenüber abgern, so sollten endlich die sozialdemokratischen Reichsminister die Konsequenz aus dieser einseitig nur gegen links gerichteten Stellungnahme Stresemanns ziehen und ihn mit samt seinem Herrn Gesellen allein wirtschaften lassen. Die Herren hätten dann wohl abzurufen.

# Englische Einladung zu einer Sachverständigenkonferenz.

Die britische Regierung hat an die alliierten Regierungen die Aufforderung gerichtet, eine gemeinsame Einladung an die amerikanische Regierung ergehen zu lassen, sich an einem Sachverständigenauschuss zur Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands mit einem zuständigen amerikanischen Vertreter zu beteiligen.

„Times“ berichtet, daß die gestrige dreiviertelstündige Sitzung des Kabinetts zu einer endgültigen Stellungnahme mit Bezug auf die vorgeschlagene Sachverständigenkonferenz, die Erörterung der Reparationsfrage sowie die diesbezüglichen Antworten der alliierten Regierungen gelangt ist. Es sei beschlossen worden, die Antworten Frankreichs, Italiens und Belgiens zu bestätigen und den Vereinigten Staaten unverzüglich mitzuteilen, daß in Anbetracht der Tatsache, daß alle Alliierten der Abhaltung einer beratenden Konferenz zugestimmt haben, die Angelegenheit beschleunigt und die Vereinigten Staaten ersucht werden könnten, ihre Vertreter, sobald es passend erscheine, zu ernennen.

In einer Rede erklärte Premierminister Baldwin, der Fortschritt der Nation hänge davon ab, daß Friede zu Hause und im Ausland bestehe und daß die Ersparnisse der Nation imstande seien, das für die Erneuerung und Ausbreitung der Produktionsmaschine erforderliche Kapital zu liefern, daß weder der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer den wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausdauernder Konkurrenz ausgesetzt seien, die sich selbst hinter Tarismauern schützen, daß England sein Ausherkommen, um eine einseitige Entwicklung seiner Industrien zu verhindern. Ueber den Völkerbund erklärte der Premierminister, daß nicht alle großen Mächte der Erde Mitglieder des Völkerbundes seien, könne er nicht voll Kraft wirken, man müsse jedoch ihm glauben, zu ihm stehen und ihn durch diese schwierigen Zeiten hindurchbringen. Man müsse sich erinnern, was der Völkerbund in der italienischen Krise vor kurzem getan habe.

## Internationale Solidarität.

### Auch die belgische Arbeiterpartei gegen die Sonderbündelei.

Der Hauptauschuss der belgischen Arbeiterpartei trat gestern unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ansele zusammen. Die Diskussion begann mit der Verteilung eines Briefes des Genossen Wels, der gegen die französisch-belgische Politik im besetzten Gebiet protestierte, die auf die Verkünderung des Reiches ausgeht. Den Bericht, der sich mit der Rheinlandsfrage befaßt, verlas der belgische Sozialist Bon das. Er erklärte, daß die Verkünderung des Reiches ein Triumph für die Reaktion in Deutschland bedeuten würde. Er beschuldigt Frankreich und Belgien, sie hätten die separatistische Bewegung in Deutschland unterstützt und hätten mehr an die Siegerbeuten als an die Wiedergutmachungen. Die Wiedergutmachungen gebe man vollkommen auf. Ohne Wiedergutmachungen würden Frankreich und Belgien gezwungen sein, neue Einkommensteuern zu fassen durch Schaffung neuer arbeitenden Klasse zur Last fallen. Um dazu zu gelangen, sei das erste Ziel, das man erreichen wolle, Vermeidung des Sozialismus in Deutschland.

Zum Schluß wurde folgende Entschiedenheit angenommen: Der Hauptauschuss der belgischen Arbeiterpartei verlangt eine sofortige Unterbindung der Haltung der belgischen Militärbehörden im Rheinlande und protestiert gegen jede Einmischung der belgischen Armee in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. Ohne auf das Prinzip des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu verzichten, stellt der Ausschuss ferner fest, daß die Auflösung Deutschlands die Schwierigkeiten der Reparationsfrage noch erhöhen würde. Der Ausschuss hofft,

daß die Annahme der amerikanischen Anregung zur Einberufung einer Sachverständigenkonferenz nicht nur eine rein formale Konzeption gegenüber den Forderungen der internationalen Meinung sei. Schließlich sendet der Ausschuss einen Gruß der Solidarität an die Arbeiter in Deutschland, insbesondere an diejenigen in Sachsen.

## England gegen die Separatistenbewegung.

Der diplomatische Berichterstatter der Kanad-Agentur meldet, daß die britische Regierung ihre Boten in Paris und Brüssel beauftragt hat, der französischen und der belgischen Regierung mitzuteilen, daß sie die Legalität der provisorischen rheinischen Regierung nicht anerkenne und daß sie sich jedem Versuch, den Separatistenaufstand in die britische Zone von Köln vorzutragen, widersetzen werde. Laut „Echo de Paris“ habe der britische Botschafter in Paris ferner zum Ausdruck gebracht, daß die Separatistenbewegung nicht dem Gefühl der örtlichen Bevölkerung entspricht. Die britischen Botschafter hätten ferner die Haltung der Regierungen von Brüssel und Paris gegenüber den Separatisten kritisiert, die als eine Verletzung des Vertrages von Versailles bezeichnet werde.

## Der Sonderbündlerterror im Rheinland.

Aus Oberhausen wird gemeldet: Die Lage in Duisburg ist unverändert. Die Separatisten verhalten sich allen Mitteln ihre Stellung zu festigen. Im Auftrage der ausgehenden Regierung wurde eine Bekanntmachung erlassen, in der der Handel aufgefordert wird, Nothgeld anzunehmen, wibrigensfalls Gefängnisstrafen bis zu zwei Monaten und Geldstrafen bis zu 2000 Goldmark verhängt werden. Die Plünderungen nehmen ihren Fortgang. Das Bureau des Erkennungsdienstes der Kriminalpolizei ist völlig zerstört. Ein Flugblatt der Stadtverwaltung Duisburg an die Bevölkerung verweist auf die herrschende Not, Glend, Plünderung und Verzweiflung. Es heißt: Nur wenn die gesamte Bürgerchaft gegen Engel und Sansonten sich auflehnt und alle ihre Verordnungen unbeachtet läßt, kann die lahmgelegte Stadtverwaltung wieder zu einer geordneten Tätigkeit kommen.

## Einschränkungen auf der Reichsbahn.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage und die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit zwingen die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenverkehr vorzunehmen. Die vom Reichsverkehrsminister bereits angelegten Maßnahmen werden nach einem bereits festgelegten Plan, der auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse abgestimmt worden ist, von Montag, den 12. November ab, durchgeführt werden. Etwa 1/4 der Züge des Fahrplans vom 1. Oktober dieses Jahres fallen dann fort. An diese vorläufigen Einschränkungsmaßnahmen werden sich sofort die Vorkarben für den organischen Aufbau eines neuen auf schmalerer Grundlage aufzubauenden Fahrplans angeschlossen, der weitere Einschränkungen bringen wird. Dazu werden die Fahrpläne der einzelnen Strecken unter größtmöglicher Schonung der allgemeinen Verkehrsinteressen nach einander so schnell wie möglich durchgearbeitet werden, um weitere Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsbahndirektionen werden dabei, soweit wie es angezeigt erscheint, mit den Verkehrskreisen in Verbindung treten. Der neue Fahrplan wird alsbald schrittweise durchgeführt. Die Änderungen sollen allmonatlich in Kraft gesetzt werden, damit der Aufbau des Fahrplanes binnen wenigen Monaten beendet ist.

Der frühere bulgarische Minister Genabieff ist gestern beim Verreten seines Hauses in Sofia ermordet worden. Der in seiner Begleitung befindliche frühere Gesandte in Berlin Gelsow wurde schwer verletzt.

# Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Direkter Güterverkehr zwischen Königsberg und Moskau. Es kann damit gerechnet werden, daß der deutsch-litauisch-lettisch-russische Güterverkehr am 1. Dezember 1923 in Kraft tritt, da zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen bereits vollständige Übereinstimmung erzielt ist. Von diesem Zeitpunkt ab wird es also einer Umbehandlung an der lettisch-russischen Grenze nicht mehr bedürfen. Vielmehr wird zwischen Moskau und ostpreussischen Stationen die durchgehende Abfertigung auf internationalem Frachtbrief zugelassen sein.

Litauens Ausfuhr nur über Memel. Auf Grund einer Vereinbarung, die zwischen Vertretern der litauischen Regierung und Delegierten des Memelgebietes getroffen worden ist, soll die ganze litauische Aus- und Einfuhr, sowie der Transport der litauischen Auswanderer nur über den Memeler Hafen geleitet werden. Auf Grund dieser Abmachung werden die litauischen Emigranten ihre Ausreisepässe vom 15. November ab nur unter der Bedingung erhalten, daß sie die Reise ins Ausland über den Memeler Hafen antreten.

Die Förderung von Radium in Rußland. Die Expedition des Petersburger Radiuminstituts hat alle Num-Mai-Funde Bergwerke des Ferganengebietes, in denen radiumhaltige Erze gefördert werden, wieder hergestellt. Im August wurden 9000 Pnd, im September 20 000 Pnd Erze gefördert und bis zum 1. April 1924 wird die Förderung auf 300 000 Pnd gesteigert werden. Ferner sollen große radiumhaltige Erzlager neu entdeckt worden sein.

Der neue Zolltarif Sowjetrußlands. Die russische Zollverwaltung und das Zolltarifkomitee haben die bestehenden Tariffsätze vom Jahre 1922 umgearbeitet. Alle Tariffsätze, die der Entwicklung der russischen Produktion dienen können, sind erhöht worden. Gleichzeitig sind Zölle herabgesetzt bzw. ganz aufgehoben worden, dort, wo es sich um Industriezweige handelt, deren Entwicklungsmöglichkeiten zweifelhaft erscheinen und die keine besondere Bedeutung für die russische Volkswirtschaft haben. Andererseits strebt der neue Zolltarif einen möglichst starken Schutz der Interessen der Landwirtschaft an. Im Hinblick auf den Beschluß des Rats der Volkskommissare betreffend die Einführung des metrischen Systems in Rußland rechnet der neue Zolltarif seine Zölle auf metrische Maße um. Mit geringen Abänderungen im Vergleich zum Zolltarif 22 sind Metalle, metallische Fabrikate, Spinnereimaterialien usw. künftig zu verzollen.

Einschränkung der russischen Tabakproduktion. In Anbetracht der Abnahms- und der Anhäufung großer Warenvorräte im russischen Tabakgewerbe hat der Petersburger Tabakruß beschlossen, die Produktion einzuschränken. Bis auf weiteres werden die Tabakfabriken nur 3 Tage in der Woche arbeiten.

Das größte Stauwerk der Welt. Die Stauwerke von Saffur in Indien, zu denen in diesen Tagen der Grundstein gelegt wurde, werden die weitestgehende Stauanlage sein, die bisher geschaffen wurde. Die Bewässerungsanlagen von Assuan in Ägypten können dafür keinen Vergleich bieten, denn die Fläche, die bewässert werden soll, ist größer als das ganze kultivierte Gebiet in Ägypten. Das Saffur-Stauwerk wird zwei tiefe Brücken über den Indus führen, von denen jede dreimal so lang ist wie die Londondrücke. Drei der sieben Kanäle, die errichtet werden, sind breiter als der Suezkanal; der größte von ihnen ist 328 Kilometer lang. Die Ausgrabungsarbeiten für die Kanäle umfassen eine Masse, die der von vier Suezkanälen oder 100 Großen Pyramiden entspricht. Die bewässerten Sandflächen sollen eine jährliche Ernte von zwei Millionen Tonnen Getreide und Baumwolle liefern. Die Gesamtkosten des riesigen Planes werden vorläufig auf über zwölf Millionen Pfund geschätzt.

# Denkt an den 18. November!

Spendet für den Wahlfonds!

## Stinnes im Spiegel.

Generalmajor a. D. Hrbr. a. Schoenich veröffentlicht eine offene Brief an Hugo Stinnes. In diesem heißt es a. a.:

Das Recht, mich in der Distanz zu vernichten, an Sie werden zu dürfen, leide ich daran ab, daß ich die Volkmeinung über Sie genau so kennen glaube als Ihr vornehmlich organisierendes Hauptbüro. Ich habe im Oktober 1923 in etwa 30 verschiedenen Städten des In- und Auslandes politische Versammlungen mit Reden aller politischen Meinungen. Ich glaube sagen zu können, daß jedes dieser Versammlungen innerhalb der ersten fünf Minuten ganz automatisch auf Ihre Person überging. Sie sind ein legendärer Mensch, und die Ihr Lebenswerk Geschäfte geworden ist. Ich lasse die beiden Teile dieser Zusammenkünfte fort, den einen, der Sie für den Inbegriff kapitalistischer Willkürerei, den anderen, der Sie für den Reiter der Weltwirtschaft hält. Was dazwischen liegt, hat sich in einem Stille geruht, das ich Ihnen zeigen möchte, weil ich fürchte, daß Ihre eigenen Sünden etwas beschließen hat.

Ihre Sünden haben Sie sich als genialer Finanzhändler verdient. Sie hatten einen unendlich feinen Naser dafür, wie sich jede Organisation zu strukturieren läßt, daß sie letzten Endes zu Ihrem persönlichen Vorteil anstellt. Als der Krieg ausbrach, waren Sie, an Ihrem Recht gemessen, höchstens ein möglich begünstigter Mann. Dann aber las Ihre Zeit.

Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, Ihnen Ihre nachsichtigen Untersuchungen hier vorzubringen. Das können Sie selbst tun. Ich will nur schildern, was die Welt unter dem Namen Stinnes und des Auslandes mit nachkommen mußte, nicht aber mündlich zu sehen glaubt. Sie sind der größte Kriegsgewinnler der Welt. Nicht, daß Sie anständig, ich bin in Ihre Hände. Ihre Sünden, unartig, ungerade, bekennen alle Meere. Ihre Sünden, unartig, ungerade, bekennen alle Meere. Ihre Sünden, unartig, ungerade, bekennen alle Meere. Ihre Sünden, unartig, ungerade, bekennen alle Meere.

Sie sind gewiss das gewichtigste Element der Nation, nicht am Materialismus gemessen, ein Mann. Der Ihr Lebenswerk Geschäfte in Millionen gesehen hat, hat mit einem reinen kapitalistischen Schauer die Seiten erfüllt, an der sich gewaltige Gebirge gebildet haben. Ich meine es Ihnen Ihren Sünden mit „genial“ nicht nur „groß“, sondern

ich denke dabei ständig an das Wort „Genial“ im üblichen Sinne. Der Ihre Sünden, von früh bis spät der Arbeit geweihte Lebenswerk, fragt sich: Warum will der Mann eigentlich immer noch reicher werden? Die Antwort kann nur lauten: Er will Genial haben über möglichst die ganze Welt, das Herrschen ist ihm Selbstzweck.

In einer späteren Geschichte der Weltgeschichte, die wir zu schreiben das Glück haben, werden die Namen der Reichherren und der Staatsmänner Deutschlands diese Sünden sein neben dem Namen. Aber auch das größte Wunder hat bei mir einen nachdenklichen Punkt, was der größte Reichtum heißt, inwiefern Reichtum, bei der der Reichtum einhalten kann. So stark ist, daß auch der gewaltigste Reichtum eines Kapitalisten nicht ausreicht, über den es unermesslich wird, noch ebe Sie ins Grab reizen. Sie haben sich in Reichtum erreicht, außer einer von Ihnen für Ihr Reich gehaltenen Reichtum: das Reichtum ist bei Ihnen erger Sie.

Rein Herr Stinnes! Einmal Tages wird das Meer von der Sie Schindere durchdrungen und wird mit Ihrem Name das ganze deutsche Volk verfluchen. Dann ein letztes merkwürdiges Wort eines Jünger vom unerschütterlichen Mannes, der Sie nicht kennt, der aber sein Volk und sein Vaterland liebt.

Ihre amerikanischen Vorbilder mögen Ihnen vielleicht an Erwerbssinn nicht ebenbürtig sein, aber in einem sind Sie ihnen weit überlegen: in der Beherrschung der Welt. Sie sind der unerschütterliche Trümmern des Groß Reiches, der Sie nicht kennt, der aber sein Volk und sein Vaterland liebt.

Ich will Sie nicht bloß eine Strafmahnung, ein Mahnwort, sondern eine Selbstkritik zu gründen, ich bitte um Verzeihung. Ich will Sie nicht bloß eine Strafmahnung, ein Mahnwort, sondern eine Selbstkritik zu gründen, ich bitte um Verzeihung. Ich will Sie nicht bloß eine Strafmahnung, ein Mahnwort, sondern eine Selbstkritik zu gründen, ich bitte um Verzeihung.

Opfern Sie freiwillig die Hälfte Ihrer Bergwerke, Ihrer Hütten, Ihrer Holz- und Zementwerke, Ihrer Zettlungen und Kontore mit dem einzigen Zweck, eine neue Wirtschaftsform damit praktisch zu erproben. Und wenn das Opfer nur das eine Ziel erreicht, die schamlosen Wucherpreise zu durchbrechen, die das Volk heute in Käse und Hunger zwingen, dann werden Sie vom Feind zum Wohltäter der Menschheit werden.

Den guten Herrschern folgen die Völker freiwillig, die schlechten jagen sie zum Teufel, auch wenn sie sich mit Mauern umgeben. Noch ist es Zeit, aber nicht mehr lange.

Stimme vernünftigen Geistes aus Frankreich. Von dem Leiter der „Revue germanique“ in Lille H. Planet erhielt dieser Tage der junge Dichter Alfred Delin einen Brief, in dem es u. a. heißt: „Ja leider sind die Mißbilligkeiten zwischen Ihrer Heimat und meiner noch nicht zu Ende. Ich hoffe doch, im Interesse beider Völker, daß es bald sich zum Besseren wendet. Trotz der Dürre hier und drüben wird sich das von Ihnen und von den meisten meiner Landsleute gewünschte „vernünftige Verhältnis“ einstellen. Es wäre jammerlich für die Kultur, ja, für die Menschheit, wenn Deutschland und Frankreich nicht Hand in Hand gingen. Aber es kann nicht immer so bleiben wie jetzt. Die Zukunft wird es beweisen.“

Das Kino gegen den Alkohol. Die Behörden der Vereinigten Staaten ermutigen die Kinobesitzer, ihre Lichtspiele schon möglichst früh am Sonntagabend aufzunehmen; sie halten nämlich das Kino für das beste Gegenmittel gegen den Alkohol und meinen, daß der amerikanische Bürger, der in dem „trübsamen Lande“ nach einem guten Trinken schmachtet, am besten seinen Durst vergißt, wenn er auf der Leinwand einem spannenden Drama folgen kann. Die kirchlichen Kreise zeigen aber nicht dasselbe Verständnis für das segensreiche Wirken des Kinos, sondern fürchten eine Abwanderung der Kirchenbesucher in das Kino, wenn die Lichtspieltheater schon während der Kirchenzeit geöffnet sind. So haben die Behörden es im Staat Ohio durchgesetzt, daß die Kinobesitzer, die am Sonntag ihre Säle schon sehr früh öffnen, deswegen verhaftet werden. Es besteht also augenscheinlich ein großer Gegensatz und die amerikanischen Handelskammern haben mehrfach die Kräftegenheit in die Hand genommen, um einen Ausgleich zwischen den kirchlichen Interessen und dem Kampf gegen den Alkohol durchzuführen und dem Kino die Rechte zu geben.

# Danziger Nachrichten.

## Das Kapital macht mobil.

Vor einigen Tagen zirkulierte bei einem hiesigen Arbeitgeberverband ein streng vertrauliches Schreiben, unterzeichnet von der „Arbeitsgemeinschaft für Handel, Industrie und Gewerbe“. In diesem Schreiben wird Stimmung für die größtmögliche Anteilnahme des Unternehmertums an der Volksstagswahl gemacht. Anschließend daran wird um Ueberzeugung einer Unterstützung ersucht, und zwar heißt es darüber wörtlich:

„Nach reiflicher Ueberlegung hat der Arbeitsausschuß im Auftrage der Vollversammlung die benötigte Gesamtsumme auf 30 000 Dollar veranschlagt und beschlossen, diese Summe von den wirtschaftlichen Verbänden zu erbitten. Wir dürfen wohl von dem dortigen Verband mindestens die Summe von 500 Dollar erbitten, wenn nicht das ganze Unternehmen (!) zu einem Fehlschlag verurteilt sein soll. Die Gesamtsumme muß aufgebracht werden, denn es gilt, die Existenz jedes einzelnen Unternehmens gegen die zerstörende Wirkung des Marxismus zu verteidigen.“

Das Rundschreiben offenbart, welche Aufwendungen finanzieller Art auf bürgerlicher Seite gemacht werden, um den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Namentlich fehlt der alltägliche Hinweis auf den „Marxismus“ nicht, um die Gefahren für die Unternehmer besonders schreckhaft zu machen. Im Sprachgebrauch der bürgerlichen Parteien spielt dieses Wort — dessen Bedeutung allerdings selbst diejenigen, die es jetzt so oft gebrauchen, kaum kennen — eine ähnliche Rolle wie damals das Schlagwort „Bolschewismus“. Es ist natürlich nicht daran zu zweifeln, daß dieser Appell an die Unternehmer klingenden Erfolg haben wird. Was kommt es bei diesen Leuten auf einige hundert Dollar an. Diese Leute haben ja auch durchaus richtig begriffen, daß diese kleine Wahlschande hundertfach Zinsen trägt, wenn sie damit die Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien aufrecht erhalten. Was sie jetzt für diesen Zweck hergeben, sparen sie doppelt und dreifach durch die Aufrechterhaltung der jetzigen kapitalistischen Steuergeetze.

Die werttätige Bevölkerung ersieht aber aus diesen Anstrengungen der Kapitalisterei, wie notwendig es ist, daß auch ihrerseits alles getan werden muß, um die kapitalistischen Parteien zu stürzen. Das kann nur durch einen überwältigenden Sieg der Vereinigten Sozialdemokratie geschehen. Sie muß in den Stand gesetzt werden, durch eine große Propaganda die Wähler und Wählerinnen über die wahren Absichten der unter den verschiedenen Namen aufmarschierenden Parteien aufzuklären. Darum stärkt den Kampffonds der V.S.D.

## Ergebnis der Anbau- und Ernteflächenenerhebung

Zum vierten Male seit Errichtung der Freien Stadt wurde im Gebiet des Freistaates eine Anbau- und Ernteflächenenerhebung durch das Statistische Amt vorgenommen.

Der Gesamtertrag der im Jahre 1923 bewirtschafteten Fläche beträgt 161 572,63 Hektar, (im Vorjahre 164 020,37 Hektar). Davon wurden genutzt: Forstwirtschaftlich 17 379,74 Hektar, als Haus- und Hofstellen, Lagerplätze, gärtnerisch, wasserwirtschaftlich sind bed. und Unland usw. 14 139,40 Hektar. Zur landwirtschaftlichen Nutzung blieben mithin 130 053,48 Hektar. Davon sind bestellt mit Weizen 76 277,73 Hektar, Roggen 19 837,23 Hektar, Gerste 9 069,49 Hektar, Hafer 14 737,78 Hektar, Gemenge aller Art 5 489,49 Hektar, Hülsenfrüchte aller Art 7 110,79 Hektar, Delfrüchte 3 141,97 Hektar, Gelpinstyanzen 34,73 Hektar, A r a z i o f e n 7 212,29 Hektar, Z u c k e r r ü b e n 2030,54 Hektar (im Vorjahre 5 732,69 Hektar), Futter-, Kohl- und Mohrrüben 5 992,21 Hektar, Gemüse 300,67 Hektar, Klee 12 424 Hektar (im Vorjahre 6 922,39 Hektar), Wiesen 28 099,10 Hektar.

Der Kreis Großes Werder hat mit 63 997,97 Hektar die größte landwirtschaftlich genutzte Fläche; der Kreis Danziger Höhe folgt mit 54 866,08 Hektar, der Kreis Danziger Heberung mit 39 290,66 Hektar. Weiter folgen der Stadtkreis Danzig mit 3006,51 Hektar und die Stadt Poppo mit 422 Hektar.

Das Ergebnis der diesjährigen Erhebung zeigt zunächst eine Verringerung der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche, die in der Fortlassung der kleinen Betriebe unter 1 Hektar ihre Erklärung findet. Der Unterschied in der Größe der forstwirtschaftlich genutzten Fläche gegen die im Vorjahre ermittelte ist unwesentlich und auf ungenaue Angaben zurückzuführen.

Als wichtigstes Ergebnis der Erhebung ist eine Zunahme des Kleingrubens und eine Abnahme des Milchfruchtbaues festzustellen. Der Brotfruchtanbau hat gegenüber dem Jahre 1921 um 1373 ha = 6,8 Prozent zugenommen. Der Anbau von Kartoffeln war der gleiche wie im Vorjahre. Ein geringer Anbauflächenverlust gegen das Vorjahr (394,9 Hektar) verliert seine Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die in der diesjährigen Zählung fortgelassenen kleinen und kleinsten Betriebe überwiegend Kartoffeln anbauen. Der Anbau von Gemüse im Feldbau wurde stärker gepflegt als im Vorjahre. Die Vermehrung der Anbaufläche um 114 Hektar bedeutet eine Steigerung von 61 Prozent. Trotzdem scheint das Interesse für die Gemüseucht, die angesichts der Fleischteuerung eine wachsende Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung hat, namentlich in den durch den Boden so geeigneten Niederungsgebieten, noch nicht in dem wünschenswerten Maße vorhanden zu sein.

Haben sich die Aussichten für Brot, Kartoffeln und Gemüse verbessert oder wenigstens nicht verschlechtert, so sieht für die Zuckerverwertung das Bild infolge der Anbauabnahme der Dreyer weniger erfreulich

aus. Das Ergebnis der Erhebung bleibt um 3748,2 ha = 64,7 Prozent hinter dem vorjährigen zurück. Sogar gegen das Ergebnis der ersten Zählung vom Jahre 1920 steht es noch um rund 500 ha oder 20 Prozent zurück. Die diesjährige Anbaufläche von 2030,5 ha ergibt bei einem Durchschnittsertrage von 280 dz je ha einen Gesamtertrag von 571 200 dz Zuckerrüben. Bei einer Ausbeute von 16 Prozent würden wir somit rund 91 392 dz Kristall- oder Weißzucker zur Verfügung haben. Das würde bei 400 000 Einwohnern eine Verbrauchsmenge von etwa 22,8 Kilogramm Weißzucker für das Jahr und für den Kopf der Bevölkerung ausmachen.

Für die Fütterung des Viehs ergeben sich bei einer Betrachtung des Gesamtergebnisses aller einschlägigen Kulturarten, wie Klee, Luzerne und Terrabelle, Ackerfettweiden, geringe Vieh- und Schafweiden und Wiesen, ungefähr die gleichen Aussichten wie im Vorjahre. Zwar weisen die Anbauflächen der einzelnen Kulturarten untereinander gegen das Vorjahr erhebliche Unterschiede auf, jedoch dürften diese im wesentlichen auf miserverständene und unrichtige Ausfüllungen bei der vorhergehenden Erhebung zurückzuführen sein. Unter den einzelnen Kulturarten hat sich das Verhältnis in diesem Jahre nur ein wenig zugunsten des Klees verschoben; die Summe des für die Viehfütterung in Betracht kommenden Anbaues ist indessen unverändert geblieben.

## Sozialrenten in Gulden.

Das Gesetz über Neistandsmaßnahmen zur Unterstützung von Renteneempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist durch Verordnung des Senats geändert worden. Ab 1. November sind die Renten in Gulden zu zahlen. Die Verordnung bestimmt:

Die Unterstützung ist so zu bemessen, daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- und Altersrente sowie des Empfängers von Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung (Invaliden, Witwen und Waisen von Arbeitern und Angestellten ehemaliger Staats- und Reichsbetrieben) den Betrag von 14 Gulden, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 57 Gulden, einer Waisenrente den Betrag von 45 Gulden erreicht.

Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie Invaliden im Sinne der Invalidenversicherung sind.

Die Unterstützung wird halbmonatlich gezahlt. Die Gemeinde ist berechtigt, an Stelle der halbmonatlichen Zahlungen den Unterstützungsbeitrag für den ganzen Monat im voraus in Sachleistungen zu gewähren.

Bei der Empfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsgeetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamteinkommen anzurechnende Grenze für jedes Kind um 1 Gulden, für den erwerbsunfähigen unterhaltberechtigten Ehegatten im Hausstand des Renteneempfängers um 2 Gulden für den Monat.

Das Arbeitseinkommen der Empfänger von Renten oder Ruhegeld bleibt bis zur halben Höhe des vorstehend angegebenen Gesamteinkommens, das der Empfänger von Witwen- und Waisenrente in voller Höhe außer Ansatz.

Bis zu einem Drittel des Gesamteinkommens sind nicht anzurechnende Bezüge auf Grund des Reichsversicherungsgegesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze aus der kassenärztlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privater Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparguthaben. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei anzunehmen. Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige ist auf das Gesamteinkommen insoweit nicht anzurechnen, als es über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder vertraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht. St u b l i n d e sind den Empfängern einer Rente aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung gleichgestellt.

Die Zahlung der Unterstützung an Empfänger aus der Invaliden- und Altersversicherung fällt fort, sobald die Renten aus dieser Versicherung in Gulden bezahlt werden. Dasselbe ist bei den Renten aus der Angestelltenversicherung der Fall.

Was für Bettelpfennige als „Monatsrenten“ für Oktober gezahlt worden sind, dafür ein kleines Beispiel: Ein Kriegsbeschädigter, der 1918 eine Monatsrente von 28,20 Mark erhielt, bekam am 26. Oktober eine Rente von 8,7 Milliarden Mark ausgezahlt. Er hatte Schwierigkeiten, das Geld unterzubringen, denn niemand wollte das deutsche Geld in Zahlung nehmen. Uns sind Fälle bekannt geworden, wo noch geringere Renten angezahlt worden sind.

Wie notwendig die Umstellung der Sozialrenten auf Gulden war, bemies die Verarmung der Invaliden am Montaa in der Turnhalle Pafelwerk. Alle Reden in der Versammlung klangen in den Notleidern nach wertlos klingender Rente aus. Welch unfähiges Elend in den Reihen der Invaliden der Arbeit herrscht, geht schon daraus hervor, daß die letzten Rentenzahlungen in Reichsmark für den ganzen Monat nicht einmal 1 Gulden betragen. Die Invaliden vertreten den Standpunkt, daß sie Anspruch auf wertbeständige Renten haben, weil sie jahrzehntelange Beiträge in Volkswährung geleistet haben. Der Forderung der Invaliden nach wertbeständiger Rente ist nun endlich Rechnung getragen. Bei den bürgerlichen Parteien können die Sozialrenten sich daher bedanken, daß sie infolge der Verschleppung der Währungsänderung monatlich mit Almosen ihr Leben fristen mußten.

Goldmarkfahrpreise auf der Reichsbahn. Auch die deutsche Reichsbahn geht von heute ab im Personen- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif über. Die bisherigen Grundzahlen, die durch Verdreifachung mit der Schläffelzahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifberechnung zugrunde gelegt, nur mit dem Unterschiede, daß die Verdreifachung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt. Der Umrechnungsfuß der Goldrechnungsmark in die Papiermark wird täglich auf Grund des amtlichen Dollarkurses an der Berliner Börse festgestellt. Dieser auf Milliarden abzurundende Umrechnungsfuß gelangt im nächsten Tage für die Umrechnung der Geldtarifätze in Papiermark in Anwendung. An der vierstägigen Gültigkeit der Fahrkarten ändert sich auch bei Einführung der Goldmark nichts. Die Rückgabe der Fahrkarten am Schalter ist jedoch nur am Ruhetage gestattet.

## Die teuren Vorortpreise.

Seit dem 26. Oktober, dem Tage der Einführung des Zwischengulden, hat die Polnische Eisenbahnverwaltung die Fahrpreise im Danziger Vorortverkehr vom Goldrechnungstarif zum Goldrechnungstarif umgestellt. Leider ist bei dieser Gelegenheit die bestehende erhebliche Uebertreibung des Vororttarifs nicht beseitigt worden. Die Fahrpreise in der Polnischen Vorortklasse sind im mer noch teurer als die Preise der 3. und 4. Wagenklasse nach Stationen, die nicht im Bereich der Vorortstationen liegen. Ferner ist die Berechnungsweise der Monats- und Wochenkarten nicht geändert worden. Diese Zeitkarten sind immer noch doppelt so teuer als in Friedenszeiten. Der Senat hat deshalb durch den Danziger Eisenbahndelegierten bei der Polnischen Staatsbahndirektion Vorstellungen erhoben und hat die diplomatische Vertretung Polens ersucht, bei der polnischen Regierung auf eine anderweitige Festsetzung des Vororttarifs hinzuwirken.

Es wird endlich Zeit, daß diese Freibeitungen der Polnischen Eisenbahndirektion geändert werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Fahrpreise nach Stationen in Pommern erheblich niedriger sind, als im Danziger Vorortverkehr. Dieses Verfahren läuft darauf hinaus, daß allein aus der Danziger Bevölkerung die Verwaltungskosten für die Polnische Eisenbahndirektion herausgewirtschaftet werden. Aufheben will Polen sich mit dieser ungerechten Preispolitik die besonderen „Empfänger“ der Danziger Bevölkerung erwerben.

## Das Gesangsconcert der „Volksbühne“.

Die Freie Volksbühne hat sich in den letzten Tagen auf einem bisher noch nicht betretenen Gebiet versucht, und dabei einen großen Erfolg errungen. Unter der Leitung von Reinhold Koenentkamp veranstaltete sie ein Concert, in dem sich die Männergesangsvereine Melodia und Sängergesellschaft sowie der Danziger a cappella-Chor zusammengeschlossen hatten. Das Programm brachte in geschmackvoller Zusammenstellung zuerst alte deutsche Volkslieder und kam dann auf Klassiker wie Beethoven, und Romantiker, wie Mendelssohn-Paraphrasen, zu den modernen Meistern, wie Wagner, dessen kraftvolle und schmerzhafte Chorballade „Jung Volker“ sehr gut gelang. Auch eine herbe und schwerliche Komposition Koenentkamps, „Herbst“, gelangte sehr wirkungsvoll zum Vortrag. Dagegen wiesen in einigen anderen Kompositionen die Tendenz nicht immer die notwendige Reife und Reinheit auf. Um so prächtiger gelang dies dem gemischten a cappella-Chor, dessen romantische Kompositionen von Brahms und Stange innig und glückenreich zum Vortrag kamen. Die zahlreichen Zuhörer dankten dem feinstimmigen Dirigenten Koenentkamp sowie seinen weiteren und kunstempfindenden Sängerschaft durch lebhaften Beifall.

## Die Guldenlöhne im Klempnergewerbe.

Ab 1. November wie folgt festgesetzt: Monteure und Geiseln im ersten Tätigkeitsjahr 66 Pf., alle übrigen 68 Pf., Helfer über 24 Jahre 62 Pf., über 30 Jahre 67 Pf., über 18 Jahre 58 Pf., über 16 Jahre 51 Pf., unter 16 Jahren 14 Pf. Diese Lohnsätze gelten bis einschließlich 30. November 1923.

## Die Guldenlöhne im Versteingewerbe.

Auf Grund eines am 30. Oktober 1923 gefaßten Schiedsspruchs sind die Löhne für alle im Versteingewerbe und ähnlichen Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit Geltung vom 26. Oktober wie folgt festgesetzt: Facharbeiter im 4. Berufsjahr 66 Pf., im 5. und 6. Berufsjahr 60 Pf., im 7. und 8. Berufsjahr 67 Pf., im 9. Berufsjahr und darüber 75 Guldenpfennig pro Stunde. Hilfsarbeiter erhalten 75 Prozent des Facharbeiterlohns. Hilfsarbeiterinnen: Internzahl ein Jahr pro Stunde 17 Pf., im 2. Berufsjahr 27 Pf., im 3. Berufsjahr 30 Pf., im 4. Berufsjahr 34 Pf., im 5. Berufsjahr und darüber 37 Pf. Guldenpfennig.

Witz- und Witzpreise in Gulden. Der Senat veröffentlicht in einer amtlichen Bekanntmachung die Witz- und Witzpreise nach Danziger Guldenrechnung. Die ermittelte, hat eine Erhöhung dieser Preise nicht stattgefunden, sondern sind die einzelnen Sätze nach den bisher bestehenden Goldrechnungsmark umgerechnet worden.

Die Aufstellung der Kandidatenlisten. Der Wahlausschuß für die Volksstagswahl tritt am Donnerstag, den 1. November, im Regierungsgebäude zusammen, um über die Zulassung, sowie die Verbiendung der eingereichten Wahlvorschläge zu entscheiden.

Immer wieder das Messer. Vor einigen Tagen gerieten in Altkönigsberg der Arbeiter Max Bus und der Arbeiter Leopold Gnibba miteinander in Streit, in dessen Verlauf Bus dem Gnibba mit einem Messer mehrere Stiche in den Kopf, die linke Brust und den linken Oberschenkel beibrachte. Bus wurde verhaftet und dem Polizeigefängnis zugeführt.

Die Verfestigung der Marktandhaber hat bei den Gewerbetreibenden der Markthalle lebhaften Unwillen erregt. Vor dem Kriege betrug der höchste Satz der Standgelber 30 Pfennig. Jetzt sollen je nach Art der zum Verkauf kommenden Ware 20-70 Guldenpfennig erhoben werden. Auch der Pflichtbeitrag ist erheblich heraufgesetzt worden. Eine Verarmung der Marktandhaber nahm gestern abend an den neuen Gebühren Stellung und wählte eine Kommission, die heute vormittag beim Senat Vorstellungen in dieser Sache erheben soll.

Concert auf dem Saugen Markt. Das vom Bundesrat-Gesangsverein unter Mitwirkung der Schupfartelle auf Sonntag, den 27. 10. festgesetzte Platzconcert zum Besten der Altershilfe der Stadtgemeinde Danzig konnte wegen ungenügender Mithierung nicht stattfinden. Dasselbe soll nunmehr am Sonntag, den 4. 11., von 12-1 Uhr auf dem Saugen Markt ausgeführt werden. Sammler werden gebeten, sich um 11 Uhr in der Geschäftsstelle Breslaustraße 27 II einzufinden.

## Amliche Börsemotierungen.

Danzig, 31. 10.

- 1 Dollar: 5,55 Danziger Gulden.
- 1 Million poln. Mark: 3,80 Danziger Gulden.
- 1 Dollar im Freiverkehr (mitt. 12 Uhr): 140 Milliarden Engl. Pfund: 500 Milliarden Pc. Niermark.
- Der Dollar stellt sich demnach auf 110 Milliarden. Der Wert eines Goldpfennigs in Papiermark beträgt etwa 300 Millionen.
- Berlin, 31. 10.
- 1 Dollar 72,5 Milliarden, 1 Pfund 325 Milliarden Mk.
- Danziger Getreidepreise vom 31. Oktober. (Mittl.) Weizen 1,30-1,35 Dollar, Roggen 0,725-0,75 Dollar, Gerste 1,00-1,05 Dollar, Hafer 0,70-0,75 Dollar.

Die hohen Postgebühren.

Die Höhe der neuen Postgebühren hat vielfache Anfeindungen erfahren, weil sie die Friedensläge übersteigen. Die Postverwaltung erklärt hierzu: Der einfache Fernbrief kostet künftig 20 Pf., das sind 16 Pf. Friedensparität. Könnte man auch die Rückkehr zum 10 Pfennig-Brief nicht erwarten, so wird mancher doch enttäuscht sein und nach den Gründen fragen, die zu dieser Festsetzung geführt haben. In erster Linie war die Notwendigkeit maßgebend, den Haushalt der Postverwaltung in das Gleichgewicht zu bringen. Die zukünftige Gestaltung des Verkehrs kann zur Zeit nicht annähernd richtig eingeschätzt werden, so daß eine zuverlässige Schätzung der Posteinnahmen nicht möglich ist. Es war nötig, von vornherein einen Satz zu wählen, mit dem die Postverwaltung glaubt bei zufriedenstellender Entwicklung des Verkehrs ohne Rücksicht verfahren zu können. Hierzu kommt zweitens, daß die gegenwärtigen Verhältnisse des Danziger Postwesens nicht mit den früheren deutschen verglichen werden können. Im Gegensatz zu diesen liegt bei den Einnahmen der freistaatlichen Postverwaltung das Schwergewicht auf den Einnahmen aus dem Verkehr mit dem Auslande. Nach dem Wirtschaftsabkommen sind wir gezwungen, im Briefverkehr mit Polen unsere inneren Gebührengesetze anzuwenden. Da nun der Verkehr mit Polen etwa 40 Prozent unseres Briefverkehrs ausmacht, so leuchtet ein, daß die Höhe des Auslandspostes auf die Einnahmen aus unserem Briefverkehr trotz des geringen Umfanges des inneren Verkehrs von erheblicher Bedeutung ist. Weiter beruft sich die Postverwaltung auf die Postläge in verschiedenen anderen Ländern.

Am 1. November gelten innerhalb des Freistaates nur noch die neuen Guldengebühren. Ein Verkehr mit Reichsmark findet neben dem entsprechenden Guldenverkehr nur noch im Postanweisung- und Scheckverkehr statt. Für diesen Reichsmarkverkehr werden auch noch die Gebühren nach dem vor dem 1. November geltenden Grundsatze in Reichsmark erhoben. Die Gebühren müssen in Gulden bar entrichtet werden. Der Nachnahme- und Postauftragverkehr findet im Freistaat vom 1. November an nur in Gulden statt.

Im Verkehr mit Deutschland und Polen gelten im Briefverkehr die inneren Sätze. Mit Deutschland wird der Postanweisung- und Scheckverkehr weiter nach den bisherigen Bestimmungen in Reichsmark aufrechterhalten. Ein Postanweisung- und Scheckverkehr in Gulden kann zunächst mit Deutschland noch nicht stattfinden. Einzahlungen an den Schatzers sind daher nur in Reichsmark zulässig. Der Zeitungsvorkehr mit Deutschland geht zunächst im bisherigen Umfange weiter. Zeitungsgebühren für deutsche Zeitungen dürfen nur in Reichsmark eingezahlt werden.

Nach dem Auslande (außer Deutschland und Polen) kosten Briefe bis zum Gewicht von 20 Gr. 20 Pf., jede weiteren 20 Gr. oder ein Teil von 20 Gr. (Mehrgewicht 1 Kilogr.) 20 Pf., Postkarten 25 Pf., Drucksachen je 50 Gr. oder ein Teil von 50 Gr. 10 Pf., Geschäftsbriefe je 50 Gr. 10 Pf., mindestens aber 20 Pf., Warenproben je 50 Gr. 10 Pf., mindestens aber 20 Pf., Rücksendungen je 50 Gr. 10 Pf., jedoch mindestens 20 Pf.

Ura. Die Umkehrung in Gulden. Vor Eintritt in die Tagesordnung der geordneten Gemeindevorsteherung wurde bekanntgegeben, daß der Senat den Beschluß der Gemeindevorsteherung, dem Gemeindevorsteher die Amtsbekleidung Bürgermeisters beizulegen, bekräftigt hat. Sodann wurden die Entschädigungen, die Steuer- und Gebührenordnungen in Gulden umgestellt. U. a. beträgt die Entschädigung für die beiden Armen- und Schulärzte zusammen monatlich 150 Gulden, die der Fürsorge- und Räteberaters monatlich 4 Gulden pro Sitzung, die der Schweltern je 25 Gulden monatlich, die der Armenhausverwalterin neben den sonstigen Bezügen 10 Gulden monatlich, die des Postführers 5 Gulden pro Sitzung, die des Rathhans bei der Gemeindefeste im Sommer 5, im Winter 10 Gulden monatlich. Der Vorsteher des Ratsbüreauamts erhält 10, die Beisitzer erhalten je 3 Gulden pro Sitzung, der Schiedsmann erhält 5 und die Beisitzer bestimmen je 750 Gulden. Der Schulmeister bei der evangelischen Schule bekommt 50 und der bei der katholischen Schule 50 Gulden monatlich neben den sonstigen Bezügen. Die Fundheuer bei Bachhöfen beträgt bei den ersten beiden Hundern je 6 Gulden, für jeden weiteren 10 Gulden jährlich, bei Taxationshöfen für den ersten 20, für den zweiten 10, für den dritten 50 Gulden. Die Schenkeranbahnsteuer beträgt in der 1. Gewerbesteuer 500, in der 2. 1000, in der 3. 2000, in der 4. 3000, in der 5. 5000, in der 6. 8000 Gulden. Der Beförderungsinhaber mittelbarer mit Postoffizien wurde zuge-

nommt. Die Armenunterstützung wird nach den Richtlinien der Sozialrenten geregelt. Jedoch behielt sich die sozialdemokratische Fraktion vor, weil die Sätze viel zu niedrig sind, umgehend dem Gemeindevorstand Anträge zu unterbreiten, die der nächsten Gemeindevorsteherung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Zuschläge zur Gebäudesteuer betragen 100 Prozent und die zur Grundsteuer 500 Prozent. Zum Beisitzer des Ratsbüreauamts wurde Herr Alfred Wessell gewählt.

Reuteich. Stadtvorordnungsung. Zunächst teilte Stadtvorordnungsleiter Wiedler den Inhalt eines Schreibens des Stadtrathes Wida mit, in dem dieser von der Niederlegung des Amtes als Beigeordneter Kenntnis gibt. Die Veranlassung hierfür, die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer für das laufende Jahr auf 150 Prozent festzusetzen. Vorgelegt waren 20 Prozent. Die Zuschläge zum Grundsteuerertrag auf Grund der vom Stadtrathesrat genehmigten Grundsteuerordnung wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen. Genehmigt wurde ferner die Abänderung der Aufbarkeitssteuerordnung, der Hundesteuerordnung, der Freibankgebührenordnung, der Hauptpostgebührenordnung, des Markthandelsgeldtarifs. Weiter erfolgte die Revidierung des Gaspreises und der Wassergebühren. Der Gaspreis wurde auf 25 Danziger Gulden festgesetzt. Der Wasserpreis festgesetzt. Dem Magistrat wurde die Ermächtigung erteilt, die weiteren Bestimmungen an die wertbeständige Rechnungseinheit anzupassen. Zum Schluß verlas Stadtrath Jacobs eine längere Wahl-erklärung der Deutschen Partei, die wir an anderer Stelle wiedergeben.

Aus dem Osten.

Marienburg. Umfangreiche Verhaftungen wurden Montag von der Schutzpolizei vorgenommen. Es wurden 30 Personen, größtenteils Frauen, festgenommen, die wegen Pländerungen am vergangenen Mittwoch angezeigt waren. Bis auf einen Räubersführer wurden sie am Abend nach abgeschlossener Vernehmung aus dem Gefängnis wieder entlassen.

Uding. Glück im Unglück hatten am Montag nachmittag zwei Herren, die mit ihrem Auto von Uding nach Marienburg wollten. Kurz hinter Uding brach die Steuerung des Wagens, und das Auto sank die Böschung herunter, überschlug sich zweimal und blieb zertrümmert liegen. Die Insassen blieben, von einigen Heutabführungen abgesehen, unversehrt.

Uding. Betriebsstilllegung. Die Zigarren- und Tabakfabrik von Voelker u. Wolff trägt sich mit der Absicht, ihren Betrieb, der seit einem Jahre teilweise aufrechterhalten wurde, Mitte November gänzlich stillzulegen.

Königsberg. Rentenauszahlung in den Konjunkturrisiken. Um beim Bezuge der Infakrente durch Arieabschläge und Hinterbliebene einer Geldentwertung vorzubeugen, wird der Magistrat die Infakrente durch die 5 in verschiedenen Stadtteilen gelegenen Verkaufsstellen des Konsumvereins für Königsberg und Umgebung zur Auszahlung bringen.

Stettin. Die Lage in den ausgearbeiteten Großbetrieben. In den Pulverwerken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch die anderen ausgearbeiteten Großbetriebe werden voraussichtlich dieser Tage ihre Pforten wieder öffnen. Bei Stettin werden die Rüstungsarbeiten bereits wieder verrichtet. Leider sind von der Belegschaft des Pulverwerks etwa anderthalb tausend Arbeiter auf der Straße geblieben und nicht wieder eingestellt worden. In den anderen Großbetrieben sind ähnliche rigorose Maßnahmen zu erwarten. Die ohne Einverständnis mit den Gewerkschaften durchgeführte massive Reduktion der Belegschaften gab den Unternehmern einen willkommenen Anlaß, die seit langem geplanten umfangreichen Arbeiterentlassungen vorzunehmen, der sich die Organisationen entgegenstemmen. Bemerkenswert ist, daß von den Pulverwerken nicht jene entlassen wurden, die an den Vorparatissen, die zur Ausbesserung führten, hervorragend beteiligt waren, sondern hauptsächlich ältere Arbeiter, die jahrzehntelang dort in Arbeit standen und zuverlässig patriotische und gewerkschaftliche Kameraden sind. Unter Stettiner Arbeiterblatt bemerkt dazu: Teilsaktionen sind für das Proletariat unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht von Nutzen; das werden die letzten Erfahrungen in den Stettiner Großbetrieben wieder einmal beweisen haben, auch jenen, die in extremer Situation nur alles leicht gerichtet sind. Parolen Gefolgschaft zu leisten, deren Ursprung dunkel und deren Konsequenzen nur ungewiss sind. Die Aktionskraft der Arbeiterklasse zu lähmen. Dem vereinigten Auftreten des Unternehmertums kann nur eine geschulte, gut organisierte und disziplinierte

Arbeiterklasse Standhalten, deren Kampfstil unverrückbar feststeht und deren Aktionskraft in geschlossener Front unüberwindbar ist.

Warschau. Der Eisenbahnverkehr dehnt sich weiter aus. Die Eisenbahnen im Warschauer Bezirk sind militarisirt worden. Straßenzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind in Warschau verboten. Der Ausstand der Postbeamten dehnte sich auf Polen und Bromberg aus.

Leipzig. Schaupielerskreise. Wie die polnischen Blätter melden, sind die Schauspieler des Stadttheaters Leipzig am 17. Oktober in den Ausstand getreten. Der Streik soll infolge der Nichtauszahlung der Gagen an die Schauspieler ausgedehnt sein. Der Bürgermeister begab sich nach Warschau, um für die Stadt eine Beihilfe zu erlangen.

Aus aller Welt.

Der Dokumentenfall der Reichsregierung wurde in Berlin vom Landgericht wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah als erwiesen an, daß Anspach mit Personen, die für auswärtige Mächte tätig waren, in Beziehungen getreten war, um ihnen Nachrichten zu liefern. Anspach bestritt in der Verhandlung jede Fälligkeit. Anspach ist erst 25 Jahre alt, aber hat schon eine recht bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Er ist der Sohn eines westfälischen Pastors, der wegen verschiedener Verfehlungen aus dem Amte entfernt wurde und ein sehr unglückliches Familienleben führte. Der sehr intelligente junge Anspach gehörte jenen Kreisen an, die als Stammgäste im Literatencafe „Größenwahn“ im Berliner Westen verkehrten. Er wurde Redakteur der unabhängigen „Freiheit“. Hier mußte er verschwinden, als sich herausstellte, daß ein von ihm veröffentlichter rechtskonservativer Kriegsdienst gegen die Regierung eine raffinierte Fälschung Anspachs war. Anspach wurde von der politischen Polizei vorübergehend festgenommen, aber dann wieder freigelassen. Im Cafe „Größenwahn“ erklärte er ungeniert, er lebe von Dokumentenfälschungen und halte die Fäden der europäischen Politik in der Hand. Tatsächlich fabrizierte er sehr geschickt Dokumente über politische oder sicherheitsgefährliche Dummverträge für den Kriegsfall, die er dann an auswärtige Mächte verhöferte.

Eine furchtbare Bluttat ereignete sich gestern vormittag in Neufölln. Der 67 Jahre alte Schneidermeister Karl Schulz schlug dort den 60 Jahre alten Rentier Otto Kochhahn mit einem Bügeleisen und einem Axtmeißel nieder. Beide kannten sich schon seit längerer Zeit. Kochhahn hatte ausländisches Geld bei sich, u. a. auch französische Franken, in deren Besitz sich Schulz setzen wollte. Er schlug ohne weiteres auf Kochhahn ein, so daß dieser mit schweren Kopfverletzungen zusammenbrach. Man brachte ihn Ueberfallen nach dem Urbanfrankenhause, wo der Arzt eine Zertrümmerung der Schädeldecke feststellte. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Der Täter ist festgenommen.

Eine Massenaktion der Deutschlandmänner. Der Zirkusdirektor Hans Stojch-Sarrasani gab kürzlich bekannt, daß er auf ein Jahr mit seinem Unternehmen Europa verlassen werde, um in den Großstädten Südamerikas zu gastieren. Auf diese Notiz hin liefen innerhalb von vier Wochen im Büro der Sarrasani-Schau rund 60 000 Wanderungsbroschüren zur Mitnahme nach Südamerika ein und Tausende von Menschen meldeten sich noch persönlich in den Städten, in denen die Sarrasani-Schau zuletzt gastierte. Es handelt sich hier um eine Massenaktion der Deutschlandmänner, zu der als Beispiel nur die großen Auswandererströme der Goldgräberjahre aus der Mitte des 19. Jahrhunderts herangezogen werden können. Hier erklängen alle Motive, die jemals Auswanderungslustige beherrschten haben: Abenteuertrieb, Hoffnung auf ein leichtes, lukratives, romantisches Leben, Verweisung über unerträgliche Verhältnisse, Trauer über den Verlust einer glänzenden Vergangenheit, Unversöhnlichkeit mit neuen politischen Verhältnissen.

Ein Volksoberster. Vor dem Bundesgericht in München hatte sich der Großbauer Stadler wegen wucherischer Zurechtaltung von bedeutenden Mengen Brotgetreide zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis, 500 Milliarden Wfl. Geldstrafe und Einziehung des beschlagnahmten Getreides.

Das Kreisler Eisenbahnunglück vor Gericht. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des schweren Eisenbahnunglücks in Kreienzen in der Nacht zum 31. Juli sind jetzt abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft in Braunschweig hat jetzt gegen den Lokomotivführer Albrecht Kluge wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Transportgefährdung erhoben.

Moj

Roman von Hans von Hoffenstahl (23)

Als sie davongehört war, ging er einige Male im Zimmer auf und ab, fuhr sich mit der Hand über die Stirne und ließ stehen und erwidert, wie gefaselt und schamlos diese Stunde gewesen war. Wie es war er dann, nicht ohne, schaute, seine Hand in die Arme zu ziehen und ohne lange zu fragen, ob er hätte, das zu nehmen, was ihm drängend und ungestüm bot. Mit großer Mühe hatte er sich beherrsch, merkt sich gefaselt, hatte an die Fremde gedacht und daran, was sie dort mitbringen und verpackt hatten; daß seiner das seine und seine Hand für sich allein behalten und ihm gar keine der das nehmen durfte, was er so sein und ist, daß und in föhlich macht, ihre wunderliche Unschuld. Sommer war's gewesen, aber er war jetzt geblieben und würde auch später bleiben. Nur das habe dort ich nicht, hatte er gehört. Das konnte er nicht mehr hören. Der Schantz, von diesem schönen, lässigen Kinde nicht zu werden, verabschiede ihn. Aber es würde auch so bleiben, daß er nicht länger an lägen Brande, wenn Robert wieder einmal kam und ihn nach Moj brachte. Und mit ganzem Gemüte mußte er allen den Seiten ins Gedächtnis leben können, die ihn mit dem Leben, schmerzlichen Kind nach und jetzt in den langen Wochen doch selber hatten, daß er das Vertrauen des Mädchens nicht missbrauchen. Sommer war's gewesen, kam. Da er durch den Waldweg ihrer Schicksale sich übermüdet worden war, hob er sich, aber er hätte, das haben er sich vor, nach bleiben. Moj hat auf dem Namen Hermann beim, und da er wieder ihre freundliche Erinnerung und ihr Glückseligkeit vor dem rüchig lässigen Augen Johannes nicht verheißt zu können, sprach er hier — durch die erste Seite war er nicht entsetzt in die Unwissenheit verwickelt — er hätte keine der Schenker gegeben und sei nur in glücklich und froh, Robert um nicht viel derelicten, sagte auch nicht, ob sie die Seite merkte, sondern sagte nur: „Na, dann ist's in mal.“

Es war vielleicht ein Uhr vorüber. In der unruhigsten Stunde war es ein sehr ruhiger, der Himmel stand klar, und eine Renne leuchtendender Sterne war in dem schwarzen Samt zu sehen. Der Südwind, der wehte, brachte dann und wann das Rauschen des Windes, der hinter den Bäumen war, über die Dächer, feste oder kaum lange aus, legte sie malten Hügel und schief. Ein junger Schwarm kam aus einer letzten Schenke, in der er den ganzen Abend allein geblieben, die und beiseite, die von allen Magdalenen gerufen und dabei viel und lachte an sein Mädchen in Mainz gebort hatte, dem sein Herz und sein Blut ein paar Wochen gehörten. Nun hatte er sich in Gedanken an seine Schwärme, liebe Braut durch die Gassen und Plätze der nachtschlafenden Stadt, hielt er vor einem der abendlichen Vorzüge, nicht dort fremdlich und von Straßen und Gassen und Türschellen gerührt über einen der fangvoll getriebenen Türschellen, mit ihm ein Mädchen, leise und verständig, kamte und kam so, in seinen Schenke, demselben und Sommer verloren, gelies die Süßigkeit bereit auf einem kleinen Tisch.

Und doch. Es wäre zwischen Geora, der so tapferer, ehrlicher, guter Mensch war, und Moj vielleicht doch so gefaselt, vielleicht, wenn auch nicht für immer, vielleicht doch noch eine gute, frohe, liebe Zeit — wenn nicht etwas ganz Zufälliges daher gekommen wäre, von ungefähr daher, plump und in jener harten Willkür, in der so oft das Unglück kommt.

(Fortsetzung folgt)



**Vermischtes.**

Ein feudales Stabrecher-Konfortium. Der 37 Jahre alte Dentist Kurt Weiß, der im Sommer dieses Jahres aus Breslau nach Berlin gekommen war, verstand es, sich von einer Baronin v. Bietersheim atopferen zu lassen, und trat dann als Direktor einer Vermögensverwaltung auf. Die Baronin machte er hier die Bekanntheit eines angeblichen Bankdirektors Wilhelm Scherl. Sie kamen auf den Gedanken, daß sie infolge ihrer Beziehungen Gelegenheit genug hätten, festzustellen, wo sich ein Einbruch lohnte. Zur Ausführung ihrer Pläne gewannen sie einen Maschinenbauer Johannes Krämer und einen Dreher Hugo Hartmann, die beide mit Einbrüchen schon bewandert waren. Nunmehr verübten der Baron, der Bankdirektor und ihre beiden Beihilfer planmäßig in einer Reihe von Berliner Wohnungen Einbrüche und erbeuteten auf diese Weise eine große Menge von Wert, durch deren Verkauf sie elegant auftraten sowie Berggüldenlose und Badesorte aufzutreiben konnten. Die Bestohlenen kamen selbstverständlich nie auf die Idee, daß ihre Götter die Hand im Spiele haben konnten. Der Baron ließ sogar bei seiner Abopplung, der Baronin Bietersheim, durch Scherl einen Einbruch verüben. Den Hauptteil an dem Erlös ihrer

Beute bestellten die beiden Anstifter für sich. Die Arbeiter bekamen nur verhältnismäßig wenig davon ab. Infolge eines Zufalls gerieten sie in die Hände der Polizei.

Die Kriegsblinden. Auf Grund statistischer Erhebungen ist festgestellt worden, daß in Deutschland 1919 Kriegsblinde leben, in Frankreich gleichfalls 3000, in England 1700, in Deutschösterreich 800 bis 850, in der Tschechoslowakei 870. Die Zahlen der Kriegsblinden in Rußland, Italien und anderen Ländern, die am Kriege teilnahmen, fehlen; sie werden in fast allen Ländern die gleiche Prozentzahl erreichen. In dieser Zeit des Zahlenwahnwitz wird die Tatsache, daß es 12 000 bis 15 000 Kriegsblinde auf der Welt gibt, auf viele keinen starken Eindruck machen, ja, manche werden im Gedanken daran, daß durch den Krieg über zehn Millionen Menschen ihr Leben verloren, die Zahl der Kriegsblinden gering finden. All diese seien gebeten, für ein paar Minuten die Augen zu schließen und sich ihr Dasein hilflos vorzustellen. Sehr tief wird der Eindruck auch dann nicht geben, weil eine Einbildung, die man in der nächsten Sekunde abbrechen kann, kein wahres Grauen zu erwecken vermag; aber diese Minuten genügen doch, um über Blindheit nachzudenken und zu empfinden, welches lebenslanges Schicksal über die ihrer Augen Beraubten verhängt ist.

M. Coof aus Birmingham. Unter der Auflage des Münzverbrechens hatte sich in Berlin der Hotelbierbräu Fritz Koch vor den Geschworenen zu verantworten. Der Angeklagte wurde dabei betrogen, als er falsche Pfundnoten in den Verkehr brachte. Nach seiner Behauptung will er die Noten von einem Bekannten namens Meyer in Verwahrung bekommen haben. Dieser große Unbekannte ist aber verschwunden. Eines Nachts war Koch in einem Luxuslokal erschienen und hatte dort eine große Besche gemacht. Er sprach gebrochen Deutsch und spielte sich als Engländer auf. In freigelegter Weise schenkte er den Damen, die zu den Stammgästen des Lokals gehörten, Pfundnoten. Als es zur Begleichung der Besche kam, hatte der Herr Engländer kein deutsches Geld bei sich und ließ sich vier Pfundnoten vom Wirt einwechseln. Dasselbe Manöver vollführte er in einem andern Lokal. Außerdem legte er auch noch verschiedene Geschäftsleute hinein, bis er an den Unrechten kam, der die Fälschung erkannte und „Mr. Coof aus Birmingham“ verhaften ließ. Die Geschworenen sprachen Koch nicht des Münzverbrechens, sondern des Betruges schuldig. Urteil: 3 Jahre Gefängnis.

**Betrifft die hauptsächlichsten Steuerzahlungen im November 1923.**

- A. Fortlaufend**  
(mindestens allwöchentlich) ist ohne besondere Aufforderung abzuführen):
- a) 10prozentiger Einkommensteuer-Lohnabzug von den zum Überweisungsvorhaben zugelassenen Betrieben,
  - b) Lohnsummensteuer (1 Prozent der gezahlten Bruttolohnsumme an Beamte, Arbeiter und Angestellte) von sämtlichen Arbeitgebern,
  - c) Luxussteuer (10 Prozent der vereinnahmten Entgelte für Luxussteuerpflichtige Waren),
  - d) erhöhte Umsatzsteuer für Gast- und Schankwirtschaften (Nachtlokalsteuer), die Pachtverträge sind nach § 22 der Verordnung vom 28. Oktober 1923 anderweitig in Gelden festgesetzt.

**B. Außer dem sind fällig:**

1. Am 10. November 1923:
    - a) Einkommensteuer-Vorauszahlungen der Gewerbetreibenden, Landwirte und freien Berufe für den Monat November.  
An die Steuerpflichtigen ergeht rechtzeitig besonderer Bescheid über die Höhe der zu leistenden Zahlung.
    - b) Körperschaftsteuer für den Monat November.  
An die Steuerpflichtigen ergeht rechtzeitig besonderer Bescheid über die Höhe der zu leistenden Zahlung.
    - c) Allgemeine Umsatzsteuer. 2½ Prozent der im Oktober eingenommenen umsatzsteuerpflichtigen Entgelte einschließlich der zum Privatverbrauch aus dem Betriebe entnommenen Gegenstände ohne Berücksichtigung der erwachsenen Betriebskosten.  
Die Zahlung hat in Gelden zu erfolgen. Die eingenommenen Reichsmarkbeträge sind nach einem Kurze von 1 Dollar gleich 75 Milliarden in Gelden umzurechnen.
  2. Am 24. November 1923:
    - Sonderabgabe für Handel, Industrie und Landwirtschaft.  
Die Abgabepflichtigen erhalten besonderen Bescheid, der mit demjenigen über die Einkommensteuer verbunden wird.
- Danzig, den 30. Oktober 1923.  
Der Leiter des Landessteueramtes.

Es wird daran erinnert, daß die Wassersteuer rechtzeitig vor Frost zu zahlen ist. Nach § 3 der Wasserabgabe-Bestimmungen vom 27. 3. 1918 fallen die durch Einfrieren der Wasserreiter entstehenden hohen Ausbesserungskosten dem Hauseigentümer zur Last.

Der Senat.  
Städt. Betriebsamt. (1103)

Wegen der Umstellung auf Goldrechnung wird die städt. Betriebskasse, Höhe Seigen 37, am Freitag, den 2. und Sonnabend, den 3. d. Mts. für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen gehalten.

Danzig, den 1. November 1923. (11043)  
Der Senat.  
Städt. Betriebsamt.

**Verordnung über den Verkehr mit Milch und Butter.**

Auf Grund des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, ergänzt durch Verordnung vom 23. September 1915, 23. März 1916 und durch die Verordnung gegen Preisstreberei vom 8. Mai 1918 (R.G.B. 1914 S. 239, 516; 1915 S. 603; 1916 S. 183; 1918 S. 385) sowie unter Aufhebung der Verordnung vom 25. September 1923 wird folgendes verordnet:

§ 1.  
Die Höchstpreise für Milch und Butter werden fortan nach Danziger Goldrechnung festgesetzt und zwar wie folgt:

1 Liter Vollmilch im Kleinverkauf in Danzig und Borsdorf, Zoppel und Ölsen	12,-	Gulden
1 „ „ Kleinverkauf in Reichshagen, Targowice und Preußl	15,-	„
1 „ „ Kleinverkauf auf Lemkowo	14,-	„
1 „ „ frei Behälter	11,-	„
1 „ „ an den Käufern ab Hof	9,-	„
1 „ „ von Danzig unter 10 km abgeholt	12,-	„
1 „ „ frei Verkaufsstelle Danzig	15,4	„
1 „ „ Abgabe vom Groß- zum Kleinhandel	17,-	„
1 Pfund Butter beim Erzeuger frei Behälter	112,-	„
1 „ „ frei Verkaufsstelle	115,-	„
1 „ „ im Kleinverkauf	125,-	„

§ 2.  
Zwischenhandlungen werden nach den Bestimmungen der Verordnung gegen Preisstreberei vom 8. Mai 1918 (R.G.B. 1918 S. 385) bestraft.

§ 3.  
Die Verordnung tritt am 1. November 1923 in Kraft.

Danzig, den 31. Oktober 1923.  
Der Senat der Freien Stadt Danzig.

**Stadttheater Danzig.**

Direktion: Rudolf Schaper.  
Heute, Donnerstag, 1. November, abends 7 Uhr:  
Dauerkarten haben keine Gültigkeit!  
**Die fünf Frankfurter**  
Einführung in drei Akten von Karl Köhler.  
In Szene gesetzt von Heinz Brode.  
Personen wie bekannt. Ende gegen 9¼ Uhr.  
Freitag, 2. November, abends 7 Uhr. Dauerkarten Serie 3. „Makame Sultany“ (Die kleine Frau Schmetterling). Tragödie einer Javanerin.  
Sonnabend, 3. November, abends 6 Uhr. Vorstellung für die „Freie Volkshöhle“ (Geschlossene Vorstellung).

**Flamingo**  
Bühne und Film  
Vornehme Lichtspiele  
Juntergasse 7. Telefon 6810

**Stanleys Reisen und Abenteuer sind Tagesgespräch!**  
Der tägliche Andrang und die begeisterte Aufnahme unserer wert. Besucher zwingen für die besondere Güte dieses wissenschaftlichen Werkes.  
**Ein Miterleben ist der zweite Teil: Urwaldschrecken**  
6 spannende Akte, prächtig koloriert.  
Nur für Danzig ist Harry, der Urkomete in seinem ersten Lustspiel:  
**Harry als Doppelgänger!**  
Harry erntet überall tosenden Beifall.  
Außerdem:  
**Die Frau am Scheidewege!**  
Drama mit Pola Negri, Harry Liedtke.  
Wir bitten höflich zu beachten, daß auch der zweite Teil dieses Tage gezeigt wird, und um d. gemächlichen Andrang zu vermeiden, im eigentlichen Interesse die 4-Uhr-Vorstellungen zu besuchen.

**Barchenthemden**

La Ware, für Männer, Frauen und Kinder  
Licht-Trikotagen sehr preiswert.  
Zeilgraben 23 (Eaden)  
am Anhalter Markt. (11035)

**Berliner Konzeptions-Vertrieb**  
Vollständ. Katalog 24 S. 12.  
Welt unter Preis.  
Herren- / Damen- / Kinder- / Paletots / Mäntel / Anzüge / Hosen  
Auf Teilzahlung gebrauchte Waren und gewährt nach Aufbruch 10% Rabatt.  
Berliner Konzeptions-Vertrieb  
Vollständ. Katalog 24 S. 12.  
Korn-Linden 1 Treppst.  
**Ein Babykorb**  
für 2 Kinder je Person.  
Arendt, Borsenstraße 7. 1. Etz.  
1 Korn Linden u. e. und Feldgr. Hoch  
zu verkaufen.  
Waldweg 5. 2.

**Spezialhaus für Fettwaren**  
Dänische Fette, Holländische Margarine, sämtliche anderen Fette, sowie Käse und Schmidthals' Wurstwaren  
zu den billigsten Tagespreisen.  
Telephon 6733. **Arthur Heilsberg** Telephon 6333.  
Markthalle.  
Filiale Fuchswall-Nr. 1 - Filiale Karthäuser Straße Nr. 34.

**Stoffe** für Anzüge, Ulster, Paletots u. Kostüme  
empfehl. Tuchhaus **Neumann & Toczek**  
1. Damm Nr. 21.  
Angezählte Stoffe werden reserviert.  
Beschäftigung ohne Kurzweg.

**Gedania-Theater**  
Schüsseldamm 53/55. 11022  
Achtung! Heute! Achtung!  
Der große Sensations-Spielplan!!!  
**Die Flammenfahrt des Pacific-Express**  
Sensations-Film in 6 großen äußerst spannenden Akten.  
In der Haupt- u. Titelrolle: Fred Paster-Saterp  
Ferner: „Percy Moran's Verbrechen“  
Sensationsdrama in 5 Akten mit namhaften Werken in der Hauptrolle.  
Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

**Günstiges Angebot**  
in Schlafzimmern, Speisezimmern, Klubzimmern (Beder), Büffet mit Einrichtung, kompl. Küchen, Schränke, Bertikos, Chaiselongue, Küchenhelfer, eiserne u. Holzbettstelle, Schreibtisch, Stühle und andere Möbel.  
Erweiterte Zahlungsbedingungen. (11041)  
**Möbelfabrik Fenselan, Witt. Grab. 35.**

**Paletots Herren-Anzüge Hosen**  
Schweden-Mäntel  
Bequeme Teilzahlung. Ständig billige Preise!  
Kommen Sie sofort!  
**Bekleidungshaus LONDON**  
2. Damm 10 (11045)

**Sämtl. Drucksachen**  
in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei 50% 200 Preis  
**Buchdruckerei J. Gehl & Co.,**  
Danzig, Am Spandhaus 2. Telefon 7294

**1 steht fest**  
die billigste und beste Bezugsquelle f. fertige Herren-Bekleidung sowie elegante Maßanfertigung ist **Leo Czerninski**  
Schindaugasse 25, 3 Tr.  
Angezählte Sachen werden für längere Zeit reserviert.  
Kein Laden! Reellste Bedienung!  
Achtung! Um Irrtümer zu vermeiden, bitte ich um genaue Beachtung meiner Adresse!

**Markthalle Stand 121**  
(Nicht im Keller)  
Freitag und Sonnabend  
Rindfleisch von . . . 50-70 Gldpt.  
Hammelfleisch von . . . 40-50 Gldpt.  
Schweinefleisch von 60-70 Gldpt.  
(Einwickelpapier mitbringen)  
**Dimanski**  
Markthalle: Stand Nr. 121  
(Nicht im Keller)

**Der Neue-Welt-Kalender**  
für 1924  
ist erschienen  
Preis 40 Pfg.  
Buchhandlung »Volkswacht«  
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

**Billige Woche für Herrenstoffe**  
Direkt ab Fabrik!  
Gute Winter-Anzugstoffe 140/150 cm breit, Meter 3,75, 4,50, 5,00, 7,50 Gulden usw.  
Schwarze Manteljacke 140/150 cm breit, Meter 7,50, 9,50, 11,00 Gulden usw.  
Wasserhose, schöne Muster, 140/150 cm breit, Meter 6,50, 7,50, 9,50 Gulden usw.  
Prima Kommode, farbig und gemustert.  
Häufig auch für Schneider und Wiederverkäufer.  
**Danziger Tuchhaus, Breitlg. 31.**  
Angezählte Stoffe werden reserviert

**Kleine Anzeigen**  
in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.